Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung
Aplerbecker Zeitung
Langscheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. — Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 248 — Montag, 22. Oktober 1923 — 56. Jahrgang

Sturmzeichen in Bayern.

Offene Auflehnung gegen das Reich. - v. Lossow bayr. Landeskommandant.

General v. Lossow seiner Funktionen enthoben.

Der Reichskanzler als Vermittler.

Berlin, 20. Okt. Der Reichspräsident hat den General v. Lossow im Laufe des gestrigen Abends seiner Funktionen enthoben. Der Kurier, der dem General die Entscheidung des Reichspräsidenten zu überbringen hat, dürfte heute vormittag in München eingetroffen sein. — Wie wir erfahren, hat jedoch der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich im Laufe des Sonnabendvormittag durch das Eingreifen des Reichskanzlers eine neue Wendung erhalten. Neue Verhandlungen sind angebahnt. Es besteht die Möglichkeit, daß in letzter Stunde doch noch eine Einigung erzielt wird.

München, 21. Okt. Der Reichswehrminister hat General von Lossow vom Dienst enthoben und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division ist der nächstälteste bayerische Offizier, General Kreß von Kressenstein, beauftragt worden. Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Wehrkreiskommandos gemäß dem Reichswehrgesetz zu machen. Diese Maßnahme wurde nötig, da General von Lossow sich ausdrücklich geweigert hat, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es ablehnt, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Beilegungsversuche.

München, 20. Okt. Amtlich wird soeben bekanntgegeben: Die Darstellungen über den Fall Lossow, welche bereits die Regierung durch die Presse veröffentlichte, bedürfen in wichtigen Punkten der Berichtigung. Eine genaue sachliche Darstellung wird von Bayern noch heute gegeben werden. Im übrigen ist bis zur Stunde, mittags 1 Uhr, ein Abschiedsdekret für den General Lossow in München noch nicht eingetroffen.

Man hat den Eindruck, das Aussichten für eine befriedigende Lösung des Falls Lossow vorhanden sind, da scheinbar der Reichskanzler gegen die feststehende Absicht des Reichswehrministers, den General von Lossow abzuberufen, eingegriffen hat. Alles hängt von den neu eingeleiteten Verhandlungen ab.

Im übrigen ist man der Meinung, daß man den sächsischen Ministerpräsidenten, dessen Haltung zum mindesten hart an Hochverrat grenzt, nicht laufen lassen und zugleich den General von Lossow maßregeln kann.

Aufruf der bahrischen Regierung.

München, 21. Okt. **Die bayrische Staatsregierung hat heute einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reiche den bayerischen Teil des Reichswehrbereichs als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen und General von Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt hat.**

München, 21. Okt. Das bayerische Gesamtministerium und der Generalstaatskommissar haben Aufrufe erlassen, in denen sie ihre Haltung gegenüber der Reichswehr rechtfertigen. In dem Aufruf des Staatsministeriums heißt es u. a.: Der Reichswehrminister Dr. Geßler hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern einen Militärbefehlshaber, aber keinen Zivilkommissar ernannt, und dadurch das bereits vorher bestellte Generalstaatskommissariat für Bayern anerkannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister in einer Angelegenheit, die zweifellos zur Zuständigkeit des bayerischen Staatskommissariats gehört, einen Befehl erteilt und dadurch in die Polizeihoheit eingegriffen. Die bayerische Regierung hat die Weiterbehandlung der Angelegenheit nach der politischen Seite für geboten erachtet und die Reichsregierung nachdrücksam auf die schweren Folgen einer etwaigen Maßregelung von Lossows hingewiesen. Gleichwohl hat der Reichswehrminister die Angelegenheit als rein militärisch betrachtet und General von Lossow entlassen. — In einem Aufruf des Generalkommissariats wird u. a. gesagt: Die bayrische Regierung und der Generalstaatskommissar wissen sich eins mit allen Deutschgesinnten, wenn sie die Maßnahmen der Reichsregierung ablehnen.

Berlin, 21. Okt. Zu den aus München vorliegenden Meldungen über die Einsetzung des General von Lossow als bayerischen Landeskommissar durch die bayerische Staatsregierung erfährt das Wolff'sche Telegraphenbüro folgendes: Die neue Maßnahme der bayerischen Regierung stellt zweifellos einen glatten Bruch der Reichsverfassung dar. Es ist tief bedauerlich, daß eine verantwortliche Regierung in einer Zeit schwerster außenpolitischer Not des Vaterlandes Sonderwünsche und Sonderinteressen gegenüber der Gesamtheit des Reiches durchsetzen zu können glaubt und damit dem Reiche und der Reichsregierung die Zusammenfassung aller Kräfte nach außen erschwert.

Befehl an das Reichsheer.

Berlin, 21. Okt. Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, hat einen Befehl an das Reichsheer erlassen, in dem er den Schritt der bayerischen Regierung als einen gegen die Verfassung gerichteten Eingriff in die militärische Kommandogewalt bezeichnet und die bayerische Division des Reichsheeres feierlich auffordert, ihrem dem Reiche geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten Militärbefehlshabers gehorsam zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte er sich heute und stets versichert.

Aufruf des Reichspräsidenten.

Berlin, 21. Okt. Der Reichspräsident hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgeben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die unerträgliche Not im Rhein- und Ruhrgebiet zu lenken, hat die bayerische Regierung es für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsbruch und innere Kämpfe herbeizuführen. Der Ausgang dieses Kampfes wird die Entscheidung darüber bringen, ob die militärische Disziplin auch im heutigen Deutschland Geltung hat oder nicht. Der Chef der Heeresleitung kann nicht dulden, daß klare Befehle aus politischen Gründen mißachtet werden. Gerade die bayerische Regierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, dürfte sich klar darüber sein, daß **die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und daß Nationalsein vor allen Dingen heißt, in Zeiten der Not Geschlossenheit im Innern zu wahren und jeden Wunsch und jedes Interesse dahinter zurückzustellen.** Der Chef der Heeresleitung und der Reichswehrminister haben bei ihrem Kampfe für die Autorität der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgend welche parteipolitische Einstellung gekämpft. Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitgehende Ausnutzung von Verständigungsmöglichkeiten jeden Bruch zu vermeiden. Mit Entschiedenheit weist die Reichsregierung den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf nationaler und christlicher Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Weltanschauung darzustellen. Es ist unerhört, wenn die Zeiten, in denen die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschtums gegen den von außen kommenden Vernichtungswillen, der Generalstaatskommissar die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk hineinwerfen zu können glaubt. Im Kampfe um die Erhaltung der deutschen Reichseinheit, so schließt der Aufruf, fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampfe für das einzige, was uns geblieben ist, für das deutsche Reich und die Reichseinheit.

Keine Vereidigung?

Berlin, 21. Okt. Die durch das gestrige bayerische Vorgehen geschaffene Lage hat eine entschiedene Entspannung erfahren. Eine neue Vereidigung der Truppen der 7. (bayerischen) Division hat nicht stattgefunden. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die verschiedenen in letzter Zeit zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand von Erörterungen in einer Sitzung des Reichsrates zu machen und einen den Interessen des Reiches, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 21. Okt. Das Reichskabinett und der Reichsrat traten am 21. Okt. zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung des Reichskabinett endete um 7 Uhr und beschäftigte sich wohl in der Hauptsache mit der bayerischen Angelegenheit. Irgend welche Beschlüsse liegen zurzeit nicht vor.

Hessen, Baden und Württemberg.

TU. Darmstadt, 21. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Die hessische Regierung hat auf Grund der letzten Nachrichten über die innerpolitischen Ereignisse sofort mit Württemberg und Baden Stellung genommen. Montag wird eine Besprechung dieserhalb in Stuttgart abgehalten. Die hessische Regierung wird alle ihre Kraft für die Einheit des Reiches einsetzen.

Kommunistische Aktion in Württemberg

Schutzmaßregeln der Regierung.

Stuttgart, 20. Okt. Die Kommunisten entfalteten in den letzten Tagen und besonders in der letzten Nacht in Württemberg lebhafte Tätigkeit. Amtlich wird mitgeteilt: In Ludwigsburg wurde heute nacht versucht, ein Munitionsdepot durch Brandstiftung zu zerstören. Der Brand konnte aber rechtzeitig gelöscht werden. Zwei Personen wurden verhaftet. Vor wichtige staatliche Gebäude wurden Posten gestellt, die durch Radfahrer untereinander Verbindung hielten. In Stuttgart wurden heute nacht eine große Anzahl Kommunistenführer verhaftet und in Schutzhaft genommen. Das kommunistische Organ wurde heute beschlagnahmt.

Entspannung.

Berlin, 21. Okt. Es scheint, als ob die süddeutschen Mittelstaaten bereits am Sonnabend abend ihr Vermittlungswerk aufgenommen haben in dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich. Ihrem Eingreifen ist es gelungen, daß der Reichsrat einberufen wird, der seine guten Dienste auch angeboten hat. Damit hat sich Bayern und ebenso das Reich einverstanden erklärt. Die Reichsregierung konnte dazu auch die Hand bieten, nachdem Bayern erklärt hatte, daß es nach seiner Meinung die Reichsverfassung nicht verletzt habe und sich mit seinem Vorgehen separatistische Ziele verfolgt würden. Das Reichskabinett hat mit Rücksicht darauf beschlossen, das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Reichsrat abzuwarten. Der Versuch, der damit unternommen wird, verfolgt den Zweck, die sachlich-persönlichen Gegensätze auf das verfassungsrechtliche Gebiet zu schieben und die Verärgerung zwischen München und Berlin jetzt und für die Folge dadurch auszuschalten, daß den einzelnen Staaten wieder größere Bewegungsfreiheit gegeben wird durch eine Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne. Eine solche Revision ist an sich unvermeidlich, sobald die Sanierung der Reichsfinanzen in Angriff genommen wird.

Zur Aufklärung!

Da sämtliche Rohmaterialien, welche wir zur Herstellung unserer Zeitung benötigen, in Goldmark zu begleichen sind, ebenso die Löhne nicht mehr für die laufende Woche infolge der täglich steigenden Lebensverhältnisse festgesetzt werden können, sowie ein starker Rückgang der Bezieher zu verzeichnen ist, sehen wir uns gezwungen, mit der Zeit evtl. Einschränkungen in der Erscheinungsweise eintreten zu lassen, und, wenn diese wirtschaftlichen Mißverhältnisse noch länger andauern, evtl. das Erscheinen ganz einzustellen. Die Notlage zwingt uns auch, an alle titl. Behörden wie Vereine die Mitteilung zu richten, daß sämtliche Zuschriften, welche dem Publikum als Anzeige oder Bekanntmachung dienen soll, nur noch im Inseratenteil Aufnahme finden können. Im lokalen Teil wird nur noch dann hingewiesen, wenn ein Inserat in Auftrag gekommen ist. Da wir als Lokalblatt in keiner Weise unterstützt werden, können wir dieses kostspielige Zeitungswesen auf die Dauer nicht mehr unterhalten. Die verehrl. Bezieher ersuchen wir um sofortige Bezahlung des Bezugspreises bei Vorzeigen der Quittungen.

Soeben erhalten wir die Mitteilung, daß von der Tarifkommission der Wochenlohn für die **vergangene** Woche in der Spitze zirka 30 Milliarden pro Buchdruckergehilfe beträgt. Eine Vorauszahlung für diese Woche im Betrage von 15 Milliarden wurde ebenfalls festgesetzt.

In Anbetracht der unvorhergesehenen Steigerung der Löhne muß der Bezugspreis für diese Woche auf

600 Millionen Papiermark.

erhöht werden.

Für Abholer 570 Millionen Mark.
Einzelnummer 120 Millionen Mk.

An unsere Postbezieher!

Das Reichspostministerium hat sich angesichts der wirtschaftlichen Notwendigkeit, den Zeitungen in kürzeren Zwischenräumen eine Anpassung ihrer Bezugspreise an die Markentwertung zu ermöglichen, zu Nacherhebungen von Bezugsgeldern innerhalb des Bezugsmonats entschlossen. Die „Schwerter Zeitung" wird demgemäß heute als Nacherhebung für den laufenden Monat einen Betrag von

1 Milliarde Mark

(nicht wie in der Samstag-Nr. 800 Millionen)

durch Nacherhebungskarte von ihren bei der Post abonnierten Lesern einziehen.

Mit Rücksicht darauf, daß nur eine einmalige Vorzeigung dieser Nachnahme stattfinden kann, bitten wir, den geforderten Betrag bereit zu halten, da im Falle der Nichteinlösung die Lieferung der Zeitung unterbleibt.

Schwerte, den 22. Oktober 1923.

Verlag der Schwerter Zeitung.

Die Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen.

TU. **Aachen**, 21. Okt. **Heute morgen um 4 Uhr ist hier die rheinische Republik ausgerufen worden. Die Besetzung der Regierungsgebäude ging glatt vor sich, da die Schupo keinerlei Widerstand leistete. In einer Proklamation verspricht die neue Regierung den Bewohnern der Republik Brot und Arbeit. Angeblich soll die Bewegung nach der belgischen und englischen Zone hin rapid umsichgreifen.** (Es wird sich wohl, wie anzunehmen ist, um eine Einzelaktion des Sonderbündlers Becker-Aachen handeln.)

Neuigkeiten.

Im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen zu Ersparnissen beabsichtigt die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung herauszugeben, wonach mit rückwirkender Kraft an solche Parlamentarier, die lediglich auf Grund ihrer parlamentarischen Stellung einen Minister- oder Staatssekretärposten erhalten haben, Pensionen nicht gezahlt werden.

*

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Preisprüfungsstelle teilt mit: Am Einvernehmen mit dem Zweckverband der Bäcker wird der Preis für ein Brot mit Wirkung vom Sonnabend, den 20. Oktober 1923 ab nunmehr auf eine Milliarde, der Preis für eine Schrippe auf 30 Millionen festgesetzt.

*

Der Vorstand des preußischen Landkreisverbandes tritt am 23. und 24. Oktober in Berlin zusammen.

*

Die 6. ordentliche Generalversammlung der Bayerischen Volkspartei wurde endgültig auf den 26. Oktober festgesetzt.

*

Von den während der Unruhen in Mannheim verletzten Personen ist eine Anzahl im Krankenhaus gestorben.

*

Aus Hamburg wird gemeldet: Der auf der Unterelbe stationierte deutsche Vollkreuzer „Forelle" traf mit eingedrücktem Bug und Schaden an der Verschanzung ein. Der Kreuzer war zwischen Schaulau und Lübe mit einem Motorschoner in Kollision gekommen. Der Schoner hat seine Reise fortgesetzt.

*

Aus Hamburg wird gemeldet: Ruchlose Eisenbahnattentäter haben versucht, auf der Strecke Harburg-Hitfeld die Schienen aufzureißen. Zwischen Block Glüsingen und dem Schrankenposten waren aus dem einen 10, aus dem anderen drei Hakenschrauben gelöst, 4 bezw. 8 Hakenschrauben mit Klemmplatten schon entfernt und fortgeworfen.

*

In München wurde eine Schuhmachersfrau verhaftet, die ihren sechsjährigen Knaben zum Markttaschendiebstahl abgerichtet hatte.

*

In dem Dorf Waßmannsdorf bei Selchow (Berlin) hat am Donnerstag abend ein Großfeuer eine massive gefüllte Scheune und Viehställe vernichtet. Der Schaden ist außerordentlich groß. Die Berliner Feuerwehr und die Wehren der Umgegend waren bis in die Nacht hinein mit den Löscharbeiten beschäftigt.

*

Der „Petit Parisien" meldet, daß der jetzige Präfekt des Departements Seealpen, Bernard, demnächst zum französischen Gesandten in Stockholm als Nachfolger des zurückgetretenen Delavaud ernannt werden wird.

Am Donnerstag abend brach am Hause der Agentur Havas in Paris ein Feuer aus, das von einem geistesgestörten Bureaudiener angelegt worden war.

•

Dr. Nansen hat seinen Bericht über die Tätigkeit der Flüchtlingsfürsorge des Völkerbundes abgeschlossen. Die Zahl der Flüchtlinge in Konstantinopel bei Beginn der Fürsorgetätigkeit war: 170 000 Russen, 75 000 Türken und 155 000 Griechen und Armenier. Heute befinden sich in Konstantinopel nur noch 11 000 russische Flüchtlinge.

*

Nach der neuesten Statistik hat sich die Armut in England und Wales seit 1914 ziemlich verdoppelt. Die Zahl der Armenunterstützungsempfänger hat sich von 751 578 im Jahre 1914 auf 1 537 990 im laufenden Jahre gesteigert.

•

Lloyd George ist mit seiner Begleitung in St. Louis eingetroffen. Die Polizei hatte große Mühe, die stürmische Begeisterung seiner Verehrer abzuwehren.

•

In Antwerpen kam es zwischen englischen Matrosen und Arbeitern zu einer Schlägerei. Die Polizei war gezwungen, einzuschreiten. Die Teilnehmer der Schlägerei ergriffen die Flucht und ließen einen verwundeten Soldaten zurück, der einige Minuten später starb.

*

Nach einer Meldung aus Rom hat kürzlich eine italienische Heeresabteilung südlich von Slitten (Küstenort in Tripolis, Nordafrika, etwa 150 Kilometer östlich der Stadt Tripolis) ein befestigtes Lager von 1700 Einheimischen, die mit Maschinengewehren und Artillerie ausgerüstet waren, angegriffen und genommen. Die Einheimischen zogen sich geschlagen zurück und ließen 372 Tote auf dem Schlachtfelde.

•

Auf einer internationalen Bauernkonferenz in Moskau begrüßte Sinowjew in seiner Rede den Vorschlag zur Bildung einer Bauerninternationale und teilte mit, daß die kommunistische Internationale bereit sei, mit dieser Internationale gemeinsam zu arbeiten.

•

Der Premierminister der Insel Malta, Howard, hat seinen Rücktritt genommen. Das Parlament wird am 2. November zusammentreten.

*

Eine Agenturmeldung aus Kairo besagt, daß Carper mit seinen Assistenten in Luksor eingetroffen ist und sofort mit den Vorbereitungen zur Oeffnung der Grabkammer des Pharao Tutchamen begonnen habe.

•

Im Bezirk von Barcelona (Spanien) sind 25 höhere Gerichtsbeamte abgesetzt worden.

•

Das spanische Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten ist auf sechs Monate verlängert worden.

•

Die Finanzkonferenz der baltischen Staaten ist beendet worden. Es wurden Entschließungen über die Durchführung der Währungsreform und die praktische Zusammenarbeit der Zentralbanken angenommen.

*

Auf Beschluß des sowjetrussischen Bundesexekutivkomitees findet die dritte Tagung des Komitees nicht, wie im August beschlossen, in Tiflis, sondern am 5. November in Moskau statt.

*

Der bulgarische Minister des Aeußeren Karkoff ist in Begleitung des bevollmächtigten Ministers Radeff in Rom eingetroffen. Er wurde von Vertretern Mussolinis empfangen.

Die kommunistischen Waffenfunde und die russische Botschaft.

Berlin, 20. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Die polizeilichen Erhebungen über die kommunistischen Waffenkäufe, an denen nach einer Veröffentlichung des „Vorwärts" Angestellte der russischen Botschaft beteiligt gewesen sein sollen, haben folgendes Ergebnis gehabt:

Der deutsche Staatsangehörige Gustav Wricke, der als Bote bei der russischen Botschaft beschäftigt wurde, hat nach den Angaben des Fuhrmanns Kliemchen, der auch sonst für die russische Botschaft zu fahren pflegte, und der Tochter Anna des Kliemchen, von der russischen Botschaft aus fernmündlich das Fuhrwerk des Kliemchen für den 18. September bestellt. In gleicher Weise wie am 18. September war vorher für den 13. September von der russischen Botschaft ein Fuhrwerk bestellt worden mit dem besonderen Verlangen, keine Begleiter zu stellen. Die Bezahlung für die Fuhrwerksleistungen erhielt Kliemchen im ersten Falle bei Abholung des Fuhrwerks, im anderen nachträglich durch Wricke im Gebäude der russischen Botschaft. Die Polizei hat, wie bereits im „Vorwärts" gemeldet, in der Wiener Straße 19 und in der Weser Straße 82 Waffen gefunden. Das Lager in der Wiener Straße enthielt 7 schwere Maschinengewehre, dazu 7 Ersatzläufe und 3 Ersatzschlösser, sowie 13 leichte Maschinengewehre mit 3 Ersatzläufen, 2 Ersatzschlössern und 10 Böcken. Im Lager in der Weser Straße befanden sich u. a. 1 Priestergewehr, 518 Magazine für Maschinenpistolen, 107 Vorrichtungen zum Füllen solcher Magazine und 34 Gurtfüller.

Die russische Botschaft, die vom Auswärtigen Amt auf den vorliegenden Tatbestand hingewiesen wurde, hat mit aller Bestimmtheit erklärt, daß sie sowie ihre verantwortlichen Mitglieder und Mitarbeiter zu diesen Vorgängen in keinerlei Beziehung ständen. Verantwortlich für seine Tätigkeit sei vielmehr ausschließlich der Angestellte Gustav Wricke. Soweit Wricke im Namen der Botschaft gehandelt habe, habe er bedauerlichen Mißbrauch mit seiner Stellung getrieben. Im übrigen hat die Botschaft das Dienstverhältnis mit Wricke, der schon drei Tage vor der Meldung im „Vorwärts" in der russischen Botschaft nicht mehr erschienen ist, gelöst. Eine Beteiligung von weiteren Mitarbeitern der Botschaft, insbesondere des Mitarbeiters der Botschaft, Michael Petroff, hat in den polizeilichen Erhebungen keine Bestätigung gefunden.

Wir vermissen in der Darstellung eine Erklärung darüber, woher die Waffen stammen und wie sie in die russische Botschaft gelangt sind. Vielleicht erfährt die Oeffentlichkeit auch darüber etwas; sie hat ein erhebliches Interesse daran.

Der Belagerungszustand bleibt.

Ablehnung der sozialdemokratischen Antrags.

Berlin, 20. Okt. Das Reichskabinett hat sich eingehend über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes beraten und ist zu folgendem Ergebnis gelangt: Die Reichsregierung stand vor der Wahl, den militärischen Ausnahmezustand ganz aufzuheben, wie das der sozialdemokratische Parteivorstand gefordert hat, oder aber den Versuch zu machen, ihn so, wie er ursprünglich gedacht war, im ganzen Reich zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung ist zugunsten der tatsächlichen Durchführung des Ausnahmezustandes gefallen. Eine entsprechende Mitteilung hat daraufhin der Reichspräsident den sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Müller zugehen lassen.

Die Forderung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird auch von den Gewerkschaften durch einen gemeinsamen Beschluß der Bundesvorstände des ADGB., des AfA-Bundes und des ADB. entschieden unterstützt.

Militärischer Einmarsch in das sächsische Terrorgebiet.

Leipzig, 20. Okt. Der kommunistische Terror in den militärisch nicht besetzten Industriestädten Sachsens, der besonders von der Betriebsrätezentrale ausgeht, hat einen solchen Umfang angenommen, daß es ausgeschlossen erschien, diese sich über alle Gesetze hinwegsetzende Nebenregierung allein mit den in Sachsen zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu beseitigen. Er werden daher in diesen Tagen starke militärische Verstärkungen nach Sachsen entsandt werden, um in dem Terrorgebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Schritt geschieht, wie wir hören, in vollem Einvernehmen mit dem Zivilkommissar Meier-Zwickau und mit dem Reichsinnenminister Follmann. Es ist zu erwarten, daß schon in dieser Woche die Ruhe in Sachsen wiederhergestellt sein wird.

Im Einvernehmen mit dem Zivilkommissar.

Leipzig, 21. Okt. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hat an den General Müller einen Brief gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die strittigen Punkte bekanntgibt und erklärt, nicht an die Ausgrabung von Prestigefragen zu denken.

Linie Hamm—Oberhausen wieder in Betrieb.

Recklinghausen, 20. Okt. Die Eisenbahnlinie Hamm—Oberhausen wird, wie wir erfahren, demnächst durchgehend in Betrieb genommen werden. Nach Verhandlungen mit der Regie hat die deutsche Eisenbahnverwaltung heute eine Einigung erzielt; danach soll die gesamte Strecke der deutschen Verwaltung überwiesen werden. Es dürften aber noch Tage für die Inbetriebsetzung vergehen, bis alle Hindernisse hinweggeräumt sind, die für einen geregelten Güterverkehr, dieser kommt zunächst in Frage, unbedingt in Wegfall kommen müssen.

Deutschfeindliche Preßpropaganda eines französischen Konsulats.

Stuttgart, 20. Okt. In Stuttgart wurden in den letzten Tagen Propagandaflugschriften deutschfeindlichen Inhalts verteilt. Als Verteilungsstelle wurde in einigen Fällen nach amtlichen Feststellungen das Stuttgarter französische Konsulat ermittelt. Die württembergische Regierung hat bei der Reichsregierung die entsprechenden Schritte eingeleitet.

Wie wir hören, handelt es sich um Druckhefte mit zahlreichen Abbildungen, wo die Deutschen und die deutsche Regierung der Saboтage des Versailler Diktates überführt werden sollen und womit das rechtswidrige Verhalten Frankreichs gegenüber dem Deutschen Reiche gerechtfertigt werden soll.

Wir erwarten, daß die Reichsregierung diesen unlauteren französischen Machenschaften einen Riegel vorschiebt, aber nicht mit Worten, sondern durch „Tat"! Eine Luftveränderung ist für dieses französische Konsulat wohl sehr notwendig. Vielleicht verschwindet dasselbe auf „französisch".

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

67 (Nachdruck verboten.)

„Es sollen ja wohl Anarchisten gewesen sein, die sich in Offiziersuniform gesteckt hatten?"

„Ja, so ist es. Also diese junge Dame ist leider so schwer verletzt, daß ihr Ableben stündlich zu erwarten steht. Ich möchte Sie nun bitten, diesen Aufruf an ihre Erben zu unterzeichnen, damit ich ihn heute noch in alle großen Blätter einrücken lassen kann."

„Aber die Dame ist doch noch nicht tot!"

„Die Dame ist so gut wie tot."

„Aber Breitschwert, was Sie da tun, ist ja eine Barbarei!"

„Lassen Sie, ich nehme alle Verantwortung auf mich."

„Ah, es handelt sich um einen Schachzug?"

„Sie verstehen mich, Justizrat, wollen Sie oder wollen sie nicht."

„In diesem Falle will ich natürlich, wobei ich Ihnen nicht verhehle, daß es mir furchtbar ist, jemand als tot zu annoncieren, der noch atmet."

„Einerlei, Freund, Ihre Gefühle müssen Sie jetzt einem höheren Interesse unterordnen. Sie sind jetzt weiter nichts, als eine Falle, die ich einem Fuchs stellen muß und das tote Mädchen ist der Köder. Sie wissen ja, der Fuchs geht in der Not auch an Leichen."

„Pfui, schämen Sie sich, Breitschwert!"

Der Doktor lachte sein grausames, kaltes Lachen, so daß der Justizrat sich mit einem gewissen Abscheu von ihm wandte, schnell das Schriftstück unterzeichnete und aufstand, zum Zeichen, daß die Unterredung beendet sei.

Breitschwert nahm es an sich, schmunzelte und ging hinaus.

Einige Tage später konnte man in den führenden Blättern der ganzen Welt folgende Annonce lesen:

Der auf Grund des Testaments Sr. Excellenz des Generals der Infanterie Freiherrn von Holzhausen zum Erben seiner Tochter Hertha, Freiin von Holzhausen, eingesetzte Dr. phil. Erich von Winkelmann, Privatgelehrter wohnhaft zu Frankfurt a. M., Grüneburgweg Nr. 6, zur Zeit noch unbekannt verreist, wird aufgefordert, sich mündlich oder schriftlich bei dem unterzeichneten Notar zu melden, um das durch Ableben seiner Stiefschwester, der besagten Freiin Hertha von Holzhausen erledigte Vermögen in Empfang zu nehmen.

Frankfurt a. M., den 30. September 19 . . .

Justizrat Mirbach,
Notar.

Man soll nicht abergläubisch sein, so schloß ein Brief Rechenbachs an Breitschwert, indem er ihm heftige Vorwürfe über diesen Aufruf gemacht hatte — man soll doch nicht abergläubisch sein, hieß es also, aber es scheint, als ob in diesem Fall die ebenso grausame wie kühne Prophezeiung vom Tode Herthas ihr langes Leben gewährleisten will. Sie befindet sich seit einigen Tagen entschieden auf dem Wege der Besserung und hat in ihrer Engelsgüte nur eine Sorge, daß ihr Bruder Erich ergriffen und für seine schuftige Tat bestraft werde.

„Diese eine Sorge habe ich auch," sagte Breitschwert zu sich, „und so Gott will, wird mir der schlaue Satan in die Falle gehen, die ich gestellt habe und dann will ich mit der schönen Hertha einmal ein ernstes Wort reden."

Inzwischen ereignete sich etwas ganz Seltsames, das den Doktor über die Art aufklärte, wie die Befreiung des Professors Lamprecht betrieben wurde. Lamprecht verleugnete plötzlich sein abgelegtes Geständnis und nannte die Namen zweier in Frankreich wohnhafter Männer als diejenigen, die auf Breitschwert durch das Fenster des Forsthauses im Teufelsgrunde geschossen hätten. Er deutete auch an, daß sie beide den Einbruch in der Wohnung Breitschwerts verübt und bei dieser Gelegenheit den Diener erschlagen hätten. Nach diesen Angaben gelang es der Frankfurter Polizei ohne große Schwierigkeiten die beiden Individuen aufzuheben und festzusetzen. Sie legten auch sofort ein umfassendes Geständnis ab, das Professor Lamprecht im weitesten Maße entlastete und die Behörde zwang, ihn mit einer geringen Strafe auf freiem Fuß zu setzen.

Breitschwert schüttelte den Kopf. Er hätte ihn ja durch die Denunziation seiner Taten im Spessart leicht wieder hinter Schloß und Riegel bringen können, aber er wollte nicht. Lamprechts Freiheit konnte ihm mehr nützen. Es war ihm jetzt klar geworden, daß zwei Mitglieder des Klubs Morgenröte einfach bestimmt worden waren, sich für den wertvollen Schriftführer zu opfern. Vielleicht hatten sie auch wirklich die Tat getan, deren er trotz aller anarchistischen Tiraden den Professor nicht für fähig hielt. Immerhin fand damit ein Verbrechen seine Sühne, dessen Täter sonst wohl schwer entdeckt worden wären.

Der Doktor brannte vor Begierde, die beiden Verhafteten kennen zu lernen, und war nicht wenig überrascht, in ihnen zwei der Offiziere wiederzusehen, die mit Erich von Winkelmann den Mordanfall auf Hertha gemacht hatten.

* * *

Es waren mehrere Wochen ins Land gegangen. Der Herbst neigte sich seinem Ende zu. Starke Regengüsse, die mit oft empfindlichen Nachtfrösten wechselten, ließen den Aufenthalt im Teufelsgrund für Herthas kaum geheilte Lunge als außerordentlich gefährlich erscheinen und sobald es ihr Zustand gestattete, wurde sie nach dem Sanatorium Falkenstein im Taunus gebracht, um von dort, wenn die Besserung noch weiter vorgeschritten war, in kleinen Etappen die Reise nach Aegypten anzutreten von dessen warmer und trockener Luft sich der Arzt eine vollkommene Gesundung versprach.

Rechenbach war nicht von ihrer Seite gewichen. Er hatte sie mit jener aufopfernden Liebe gepflegt, deren nur ein Mann fähig ist, der einem Weibe sein ganzes Selbst hingegeben hat. Seine rührende Treue war ja auch belohnt worden, sie war gesundet und hatte sich ihm für dieses Leben versprochen. Der einzige Schatten, der auf ihrem jungen Glück lastete, war das Andenken an den Bruder, der immer noch jenen dämonischen Zauber auf sie ausübte, durch den er sie zu allem und jedem gebraucht hatte.

„Du mußt Dich endlich von ihm losreißen," pflegte Rechenbach zu sagen, wenn der Schmerz über den Verschwundenen ihr Gemüt allzusehr verdüsterte, „er ist ja doch Deiner nicht würdig. Ein Verbrecher, der seine Mörderhand gegen den Menschen erheben kann, der ihm das Teuerste sein müßte, was er im Leben besitzt, der kann doch nicht verlangen, daß Du ihm weiterhin Liebe und Anhänglichkeit bewahrst. Ja, ich möchte fast sagen, ich kann Dich nicht begreifen, daß Du Deinen Mörder überhaupt noch Bruder nennst."

„Vom rein menschlichen Standpunkte magst Du ja recht haben, teuerster Eg, aber wie die Verhältnisse bei uns liegen, so bleibt mir nichts übrig, als ihn zu lieben. Er ist der Sohn meiner teuren, entschlafenen Mutter und wenn ich ihn verlasse so ist er gänzlich verloren." (Fortsetzung folgt.)

Aufhebung eines Betriebsrätekongresses.

72 Kommunisten verhaftet.

Man meldet aus Hannover: Der kommunistische Betriebsrätekongreß für Niedersachsen war nach Hannover einberufen worden, die Veranstalter leiteten aber die Gefolgschaft nach Hildesheim. Dort wurde die Tagung aufgehoben. 72 Mann, darunter namhafte Kommunistenführer aus Hannover, wurden festgenommen, zahlreiches Material, darunter Mobilmachungspläne beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde durch die Polizei der Versuch verhindert, den in Hildesheim gesprengten Kongreß in Alfeld fortzusetzen. Dort wurden 24 Verhaftungen vorgenommen. Eine größere Anzahl der Teilnehmer konnte durch das Fenster flüchten.

Aus München wird gemeldet: Durch Verordnung des Generalstaatskommissars wird den **Schülern öffentlicher und privater Schulen** die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen verboten. Die bestehenden kommunistischen Jugendvereinigungen werden aufgelöst, die kommunistische Werbetätigkeit in Wort und Schrift wird in allen Schulen oder gegenüber Schülern verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis — es kann auch auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden — bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die gleiche Strafe ist angedroht für Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienst- und Lehrherren, die wissentlich dulden, daß ihr Kind, Pflegekind, Mündel, Dienstboten oder Lehrlinge, die Schulen besuchen, dieser Anordnung zuwiderhandeln. Gegen Schüler kann an Stelle der Gefängnisstrafe auf Haft, in leichteren Fällen auf Geldstrae allein erkannt werden.

Notschrei der Arbeitslosigkeit.

Köln, 20. Okt. Die „Rh. Ztg." veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe einen Aufruf, in dem sie darauf hinweist, daß sich in Köln neben 30 000 Vollarbeitslosen 100 000 Kurzarbeiter befinden, so daß also über 70 Prozent der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung Kölns ohne Arbeit sei. Der Aufruf wendet sich an die Ententemächte und ruft sie auf, mit der deutschen Regierung zusammen gegen diesen furchtbaren Zustand anzukämpfen und mit der bisherigen Gewaltpolitik Schluß zu machen.

Der Bruch mit Frankreich.

Um die Eisenbahnregie.

Berlin, 20. Okt. Auswärtige Blätter haben gemeldet, daß zwischen der deutschen und der französischen Regierung Verhandlungen über die Eisenbahnregie im besetzten Gebiet schwebten. Richtig ist daran nur das folgende: **Die französische Regierung hat von der deutschen gefordert, daß die von dem Besatzungskommando getroffenen Bestimmungen über die Eisenbahnregie bedingungslos angenommen werden müßten. Die deutsche Regierung hat dieses Ansinnen abgelehnt.**

Damit ist jede Verhandlungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich über die Regelung der Zustände im besetzten Gebiet erledigt. Die ungemein ernsten Konsequenzen dieses Zustandes müssen sich in der allernächsten Zeit in der Welt zeigen.

Koalitionsverbot für die wieder eingestellten Eisenbahner.

Gelsenkirchen, 20. Okt. Die Franzosen erweitern die Bedingungen für die Eisenbahner, die in den Dienst der Regie treten wollen. Neben dem von ihnen verlangten „Untergebeneneid" fordern sie jetzt auch von den Eisenbahnern die schriftliche Zusicherung, daß sie keiner Organisation angehören.

Auf den Diensteid wird verzichtet.

Auf den Eisenbahnwerkstätten in Witten haben die Eisenbahnbediensteten die Regiebedingungen unterschrieben.

In Bochum haben die Franzosen folgende Bedingungen für die Einstellung der Eisenbahner gestellt:

1. Nicht einberufene Eisenbahner haben sich bei der Erwerbslosenfürsorge zu melden.
2. Dienstgrad und Verwendung der einberufenen Eisenbahner behält sich die Regie vor.
3. Stations- und Betriebskassen geben in die Verwaltung der Regie über.
4. Auf den Diensteid wird verzichtet, dafür ist ein Verpflichtungsschein zu unterschreiben.
5. Höhere Stellen werden den der Regie genehmen Leuten zugeteilt.
6. Die Regie stellt von Gruppe 6 ab aufwärts nur eine beschränkte Anzahl von Eisenbahnern wieder ein.

Französische Winterquartiere in Dortmund.

Dortmund, 20. Okt. General Douchy erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Stadtverwaltung, daß Dortmund in den Wintermonaten starke Einquartierung, evtl. eine Division und noch mehr, erhalten werde. Die Stadtverwaltung müsse, falls die zur Verfügung stehenden Quartiere nicht ausreichen, eine neue Kaserne bauen lassen, für die bereits ein Plan festgelegt sei.

Das Raubgesindel an der Arbeit.

Verteilung der Diebesbeute.

Köln, 20. Okt. Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat in der letzten Zeit eine Reihe von rheinischen Eisenbahnhauptwerkstätten französischen und belgischen Privatfirmen verpachtet. So wurde den Werkstättenarbeitern der Hauptwerkstatt Trier, als sie zum Wiederantritt sich melden wollten, eröffnet, daß die Werkstätte dem Straßburger Privatunternehmen Gravenstaden übergeben worden sei. Die Werkleitung lege keinen großen Wert auf die Einstellung ehemaliger Werkstättenarbeiter. Die Einstellung erfolge lediglich nach beruflichen und handwerklichen Fähigkeiten. Man nimmt an, daß die Hauptsache französische und belgische Arbeitslose zur Einstellung gelangen werden. Die neue Werkstätte in Jülich ist an die belgische Société anonyme de Cockerill, die Hauptwerkstätte Crefeld-Oppum an Schneider-Creusot und die Werkstätte von Darmstadt einem Pariser Unternehmen übergeben worden.

Krieg im Frieden!

Zwangseintreibung der Geldstrafen.

Paris, 20. Okt. Laut Meldungen aus dem besetzten Gebiet hat die Interalliierte Rheinlandkommission über die Einziehung der von alliierten Gerichten verlangten Gelder eine neue Verordnung erlassen. Kraft dieser Verordnung wird jede Verurteilung zu Geldstrafe dem Verurteilten unter gleichzeitiger Angabe einer bestimmten Zahlungsfrist mitgeteilt. Wenn nach Ablauf dieses Termins die Strafsumme nicht eingezahlt ist, wird das Eigentum, Möbel usw. des Verurteilten beschlagnahmt und in der Höhe der auferlegten Geldstrafe, die Gerichtskosten mit einbezogen, versteigert. (Der Tag der Abrechnung wird auch kommen! Dann Aug' um Aug', Zahn um Zahn.)

Die beschlagnahmten französischen Flugzeuge.

Paris, 20. Okt. Zu der bereits wiedergegebenen Meldung des „Echo national" wegen der deutsch-französischen Verhandlungen über die in Süd-Deutschland beschlagnahmten französischen Luftfahrzeuge ist folgende Feststellung zu machen: Die Beschlagnahme der französischen Flugzeuge erfolgte nach den bestehenden Bestimmungen durchaus zu Recht. Wenn die französische Luftfahrtgesellschaft weiterhin besondere Rechte zum Ueberfliegen deutschen Gebietes in Anspruch nimmt und sich dabei auf angeblich an englische Gesellschaften erteilte Konzessionen beruft, so ist hier zu beachten, daß diese Frage im Teil 11 Artikel 313 des Versailler Diktats behandelt ist. Diese Bestimmung gilt aber nach Artikel 320 nur bis 1. Januar 1923. Von da ab fällt die Meistbegünstigungsklausel für Flugzeuge der Feinde fort. Die deutsche Regierung hat keine Veranlassung, ihren Standpunkt bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen den französischen Fluggesellschaften gegenüber zu ändern. (Die Franzosen sollen das Flugzeug doch holen, auf einen „gebührenden" Empfang bei den Süddeutschen können sie sich gefaßt machen.)

Gerüchte in London.

Poincaré stellt Belgien kalt.

London, 20. Okt. Hier sind Gerüchte verbreitet, nach denen die **deutsche Regierung nach Erfolglosigkeit der Pariser Verhandlungen die Absicht habe, sich an die Regierungen von London und Rom zu wenden, um Ratschläge für eine neue deutsche Offerte zu erbitten. Soweit London in Frage kommt, ist von solchen Schritten kaum ein Erfolg zu erwarten.** Die Gründe, durch welche die englische Regierung zu ihrer passiven Haltung veranlaßt wurde, bestehen unverändert weiter, und die inneren Verhältnisse in Deutschland können sicherlich nicht dazu beitragen, hierin eine Aenderung hervorzurufen. Der offiziöse Mitarbeiter des „Daily Telegraph" drückt die Auffassung der zuständigen Stellen, mit deren Hilfe die englische Regierung allen Konflikten ausweichen zu können hofft, in den Worten aus: „In London ist man der Meinung, daß die deutschen Vorschläge von der Welt nach ihrem Verdienst beurteilt würden, und daß alle Sondierungen unnötig sind."

Der Pariser Vertreter der „Times" berichtet, die Erklärungen Poincarés gegenüber dem deutschen Geschäftsträger seien dahin zu verstehen, daß Frankreich nicht nur die Wiederaufnahme der Sachlieferungen verlange, sondern daß die Lieferungen den Umfang wie vor der Ruhrbesetzung wieder erreicht haben müßten, bevor Frankreich zu Verhandlungen bereit sei. In amtlichen französischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die deutsche Regierung absichtlich Hindernisse in den Weg lege, um die wirtschaftliche Wiederherstellung im Ruhrgebiet zu verhindern. Stresemann wolle Poincaré dazu zwingen, auf solche lokale Abmachungen zu verzichten. Das sei nach französischer Ansicht eine Erpresserpolitik (!), die darauf ausgehe, lieber alles zu zerschlagen, als direkte Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem Ruhrgebiet zu gestatten. (!)

Dem gleichen Blatt zufolge wird die Lage auch durch die Aufhebung der Kohlensteuer erschwert. Frankreich hatte die Absicht, soweit das Ruhrgebiet in Frage kommt, die Kohlenlieferungen aus den Erträgnissen der Steuer zu finanzieren. Das erweise sich jetzt als schwer durchführbar, denn nachdem die Kohlensteuer im unbesetzten Gebiet abgeschafft worden sei, werde die Industrie an Rhein und Ruhr gegenüber der anderen deutschen Industrie in Nachteil geraten. Jedenfalls sei die Weigerung der deutschen Regierung, die Sachlieferungen zu bezahlen, für Poincaré ein weiterer Grund, Verhandlungen zwischen Berlin und Paris für zwecklos zu erklären. Es wird deshalb jetzt wieder die Frage aufgeworfen, ob eine direkte Ausbeutung möglich sei.

Die ablehnende Haltung der französischen Politik hat auch das Schicksal der belgischen Vorschläge beeinflußt, deren Ueberweisung an die Finanzabteilung der Reparationskommission nach hiesiger Auffassung eine Kaltstellung bedeutet, ein weiterer Beweis, daß Poincaré eine unumschränkte Herrschaft über die Kommission ausübt.

Französische Riesenkredite für die Kleine Entente.

Paris, 20. Okt. Die Blätter beschränken sich bezüglich der Verhandlungen des Außenministers Benesch mit Poincaré auf die nichtssagenden amtlichen Berichte. Im übrigen wird über diese Besprechungen strengstes Stillschweigen beobachtet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Verhandlungen sich wenigstens teilweise um einen von Frankreich zu gewährenden Kredit von 1200 Millionen Franken an die Kleine Entente gedreht haben. Hiervon hat Polen bereits seine 400 Millionen erhalten. In die restlichen 800 Millionen sollen sich Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei teilen, und zwar soll Jugoslawien 300 Millionen erhalten, die übrigen 500 Millionen Rumänien und die Tschechoslowakei. Diese Kredite dürfen natürlich nur zu Käufen in Frankreich verwandt werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Heereslieferungen und Eisenbahnmaterial. Benesch scheint aber, wie wir hören, durchaus nicht gewillt zu sein, sich unter Frankreichs völlige Abhängigkeit zu begeben, sondern versucht, sich wenigstens für die wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Landes nach Kräften zu wehren.

Sitzung des Schweizer Bundesrats.

Basel, 20. Okt. Der schweizerische Bundesrat hat am 19. 10. vormittags in der Zonenangelegenheit eine Sitzung abgehalten, in der neue Vorschläge der Genfer Handelskammer erörtert wurden. Dies Gutachten stellt auch den Status quo her, enthält aber einige Aenderungen so die der Umgrenzung der Freizonen in dem Sinne, daß einzelne Ortschaften auf französischem Gebiete bei der Neuregelung berücksichtigt würden. Der Schweizer Gesandte in Paris wurde am Sonnabend von Poincare empfangen. Er hat die französische Regierung gebeten, mit der Beantwortung der Schweizer Note bis nach seiner Unterredung zu warten.

Die Presse spricht immer mehr von einem Appell an den Völkerbund. Hierfür trat auch der heute in Zürich zusammengetretene Völkerbund für die Unabhängigkeit der Schweiz ein. General Wille erklärte u. a., daß es nicht nur für das Fortbestehen der Schweiz als selbständiger Staat notwendig sei, daß die Schweiz moralisch siegreich aus dieser Frage hervorgehe, sondern daß dies auch für die europäische Politik von größter Bedeutung sei. Es werde dann ein Grenzstein errichtet gegen die furchtbare Machtpolitik, die von dem Versailler Diktat ausgehe. (So müssen die „neutralen" Schlafmützen behandelt werden, damit sie wieder aufwachen!)

Die Aufforderung an die britische Regierung.

London, 20. Okt. Der Arbeiterführer Henderson erklärte in einer Rede in Newcastle, was im Augenblick notwendig sei, sei eine unzweideutige Erklärung über die zukünftige britische Politik. Nachdem Deutschland den passiven Widerstand aufgegeben habe, müßten sofort Verhandlungen zwischen den Verbündeten und Deutschland stattfinden, um eine Wiederherstellung des bürgerlichen und Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet unter der Verwaltung des deutschen Reiches zustande zu bringen. **Ruhrgebiet und Rheinland seien deutsch.** Die britische Regierung müsse erklären, daß sie ebensowenig wie die deutsche Regierung einer Veräußerung dieser Gebiete oder seiner wirtschaftlichen Organisation zustimmen werde. Wenn die britische Politik die sei, weiter in Untätigkeit zu bleiben, und in Köln britische Truppen zur **Einschüchterung der Hungeropfer der französischen Politik** zu belassen, dann sei es für die Würde Englands besser, so bald wie möglich die britischen Truppen zurückzuziehen und die Entscheidungsbestimmungen des Friedensvertrages nicht mehr anzuerkennen. (Herr Baldwin hat aber seinen Winterschlaf schon begonnen!)

Schwere Explosionskatastrophe.

Tll. **Moskau,** 20. Okt. Im Zentrum von Moskau, auf dem Neglinny-Prospekt, ereignete sich eine entsetzliche Katastrophe. Ein dreistöckiges Haus, in dessen Erdgeschoß sich eine Waffenniederlage befand, die offenbar ein unerlaubtes Sprengstoffager hatte, wurde in die Luft gesprengt. Die Explosion war so stark, daß das Haus völlig zertrümmert wurde. Die Zahl der Opfer ist sehr groß. Bisher sind 10 Leichen gefunden worden, doch liegen unter den Trümmern noch alle Einwohner des Hauses.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 22. Oktober 1923.

„„ **Barzahlung bei staatlichen Holzverkäufen.** Die preußische Staatsforstverwaltung war bisher noch die einzige Stelle, die Kredit für die Holzkaufgelder auf 12 Tage nach erfolgtem Zuschlag ohne weiteres bewilligte. Erst vom 13. Tage ab läuft der Zahlungsverzug. Diese sehr günstigen Bedingungen werden nunmehr geändert. Der preußische Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß alle Holzverkäufe bis zur Klärung der Währungsfrage einzustellen sind; schon bekanntgemachte Versteigerungstermine für Rundholz sollen sämtlich zurückgezogen werden. Wo das nicht geht, soll, wie das auch sonst im Geschäftsleben allgemein üblich ist, Barzahlung am Verkaufstage gefordert werden.

:„: **Was Ausrüstungsstücke kosten.** Die Preise für Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke des Heeres im ganzen Oktober sind für Schadenersatzleistungen sowie für Maßanfertigungen der Heeresbekleidungsämter festgesetzt. Sie sind wegen des Vergleichs von allgemeinem Interesse. Es kostet u. a. ein Mantel für Offiziere ohne Schulterstücke ½ Milliarde, mit Anprobe 60 Millionen mehr, ein Rock 430 Millionen, ein Paar Absatzfleck 1,4 Millionen, eine Badehose 8 Millionen, eine Dienstmütze 150, 1 Drillrock 130, 1 Drillschacke 35, 1 Feldflasche aus Aluminium ohne Bezug und Korken 120, gestrickte Fingerhandschuhe 19, 1 Trikothemd 76, 1 Kartentasche 415, 1 Kochgeschirr aus Aluminium 240, graue Lederhandschuhe 135, 1 Mantel 347, 1 Mannschaftsdecke 342, 1 Nachtpelz 1900, 1 Stahlhelm ohne Zubehör 100, 1 Tornister ohne Trageriemen 1000, 1 Trommel ohne Zubehör 660, Tuchhandschuhe 10, 1 Tuchhose 164 Millionen usw.

!! **Kriminalbeamtenaustausch mit Belgien.** Die gegenseitige Entsendung von Beamten zu Ermittelungen in Strafverfahren ist jetzt mit Belgien vereinbart worden. Die deutsche Gesandtschaft in Brüssel hat die Belgische Regierung auf deren Anfrage benachrichtigt, daß die Deutsche Regierung bereit sei, belgische Beamte durch die deutschen Behörden unterstützen zu lassen, wenn sie nach Deutschland zu Ermittlungen in einem näher bezeichneten Verfahren wegen nichtpolitischer Handlungen entsendet werden. Vorausgesetzt wird, daß Belgien ebenso verfährt. Die Verständigung erstreckt sich auch nur auf Fälle, in denen besondere Eilbedürftigkeit und besondere, nicht ohne weiteres ersetzbare Spezialkenntnisse der Organe des ersuchenden Staates deren Tätigkeit im Gebiete des ersuchten Staates unbedingt erfordern. Es soll auch mit Sicherheit vorauszusehen sein, daß durch die Inanspruchnahme der Behörden des ersuchten Staates allein der erstrebte Zweck nicht erreicht werden würde.

—* **Verwechselt das Bäumchen!** Von den überzähligen Postbeamten ist bekanntlich ein Teil zu anderen Behörden übergeführt worden. Da auch diese abgebaut werden, so werden die übernommenen Beamten abermals überzählig und müssen teilweise zum zweiten Male ihre Behörde wechseln. Wir hatten berichtet, daß insbesondere die Verwaltungsbehörden der Reichsversorgung zusammengelegt werden. Bei manchen dieser Behörden werden so Beamte über Bedarf vorhanden sein. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb die Hauptversorgungsämter angewiesen, zur Vermeidung späterer Versetzungen von der weiteren Uebernahme von Postbeamten abzusehen und einige zur Ableistung des Probedienstes einberufene Beamte der Postverwaltung wieder zur Verfügung zu stellen. Die zur Verfügung gestellten Beamten sollen an andere Behörden abgegeben werden, deren Bedarf noch nicht gedeckt ist.

Aus den Provinzen.

Dortmund. Kinderspiel als Ursache: In der Sternstraße wurde am 12. Oktober das 6 Jahre alte Kind Wilhelm Wiegers von einem Fuhrwerk überfahren. Das Kind hatte sich mit einem anderen Jungen an einem Draht befestigt. Der Draht kam in die Räder eines vorbeifahrenden Fuhrwerks. Das Kind wurde unter das Rad gezogen und so erheblich verletzt, daß es später gestorben ist.

Menden. Nachahmenswert ist die Bereitwilligkeit eines hiesigen Landwirts und Milchhändlers, den Notleidenden zu helfen. Er stellt dem Wohlfahrtsamt täglich 5 Liter Milch für 200 Tage (1000 Liter) unentgeltlich zur Verfügung. Von anderer Seite wurden wiederholt Brote zur Verteilung überwiesen. Ein Dritter stellte die Kriegsbeschädigtenrente zur Verfügung, da er selber seinen Lebensunterhalt erwerben kann.

Warendorf. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem Weber Harbaum wurde durch den Polizeiwachtmeister Milz und durch den Polizeibetriebsassistenten Laumens ein Munitionslager von 27 Granaten gefunden. Harbaum will die Granaten bei niedrigem Wasserstand in der Ems gefunden haben. Es handelt sich um gerade nicht mehr leicht zu nennende Artilleriegeschosse.

Köln, 18. Okt. Festgenommen wurden zwei Fabrikangestellte aus Mühlheim, die bereits 32 bezw. 16 Jahre bei ihrer Firma beschäftigt waren, sowie ein Fuhrunternehmer aus der Gegend von Hürth, die durch die Fälschungen Schiebungen mit Brikettsfuhren vorgenommen und die Fabrik seit längerer Zeit schwer geschädigt hatten.

Die Franzosen als Räuber.

Die Franzosen, die sich im Einbruchsgebiet aufhalten, werden nicht mit Unrecht als Räuber bezeichnet. Täglich üben sie ihr schmutziges Handwerk aus, das nach deutschen Strafgesetzen mit schweren Strafen bedroht ist. Sie selbst aber sagen, daß sie alles im „Namen des Rechts" tun. Jetzt haben einige Angehörige dieser „Kulturnation" auf eigene Faust wieder Requisitionen vorgenommen. Sie haben gesehen, wie ihre Vorgesetzten dies machen. In Wattenscheid raubten französische Soldaten in einem Zigarrengeschäft die Ladenkasse. In Dortmund drangen betrunkene französische Soldaten des Infanterie-Regiments 51 in die Wirtschaft Aldebahn am Mendelspielplatz mit gezogenen Seitengewehren ein, bedrohten die Gäste mit Erstechen, worauf diese flüchteten und nahmen dann eine Durchsuchung der sämtlichen Räume vor, wobei die Wirtsleute mit erhobenen Händen dabei sein mußten. Einige „Kleinigkeiten" wurden von den Soldaten mitgenommen.

Französische Kriminalbeamte faßten in Dortmund einen Boten der Gewerbebank ab, der mit 35 Milliarden Mark, die auf dem Viehmarkt für den Viehkommissär Josef Marcus einkassiert waren, sich auf dem Wege zur städtischen Sparkasse befand, um das Geld umwechseln zu lassen. Natürlich wurde es ihm abgenommen.

Räubereien, Plünderungen, Vergewaltigungen und andere Schandtaten sind bei den Einbrechertruppen an der Tagesordnung, ja, man kann sagen, es ist ihr eigentliches Tagewerk im Einbruchsgebiet.

Ruhm heften diese französischen Söldner wahrlich nicht an ihre Fahnen.

Das Chaos an der Ruhr.

Aus dem Ruhrgebiet wird mitgeteilt:

Ueber dem Erwerbsleben und der Arbeiterbevölkerung liegt eine bedrohliche Spannung, die zu keinem guten Ende führen kann, wenn nicht in aller Kürze durch wirtschaftliche Maßnahmen eine Entladung herbeigeführt wird. Die Lebensmittelhändler, auch die Schuh- und Bekleidungsgeschäfte halten nur wenige Stunden ihre Läden offen und sie teilen nur ein bestimmtes Maß ihrer Waren zu, weil sie befürchten müssen, leergekauft zu werden. Andererseits haben die Arbeiter und ihre Frauen die Brieftaschen voll von buntscheckigen Scheinen, die von Zechen, Werken und Städten gedruckt und in den Verkehr gebracht werden. Das Reichsgeld tritt schon in der Erscheinung zurück. Auf dem Wochenmarkt hatten die Händler bekannt gemacht, sie nähmen nur Reichsgeld an. Wir mußten deshalb einspringen und eine Wechselstelle einrichten. Die Banken nehmen für den Umtausch der Aushilfsscheine in Reichsgeld 3 Proz. Vergütung. In Dortmund nehmen die Geschäfte für die Annahme des ortsfremden Notgeldes 5 Proz. Wechselgebühr. Metzger können z. B. auf den Viehmärkten nur in Reichskassenscheinen zahlen und sie müssen dauernd mit diesen Unkosten rechnen. Wir kommen in vorsintflutliche Zeiten und Gebräuche hinein.

Ganz widerstrebend haben wir uns an die Herausgabe von Notgeld gemacht. Die Löhne schwellen wöchentlich höher an und wir müssen in die Bresche springen. Mit dem aufgepluderten Geld laufen die Leute sofort nach der Löhnung in den Geschäften Sturm und sie stöhnen darüber, wenn sie einen Armkorb für 50—100 Millionen Mark Ware nach Hause tragen, stellenweise aber auch nicht einmal Ware erhalten können. Verdrießliche und unzufriedene Leute ziehen dann in die Wirtschaften oder machen sich in anderer Weise Luft. Da nahezu niemand mehr ernstlich arbeitet und überall die Leute herumstehen, so überträgt sich die Ueberspanntheit der Verhältnisse in die weitesten Kreise. Es ist so tief bedauerlich, daß diejenigen, die noch fördernde Arbeit leisten, mit Scheelsucht auf die Nichtstuer hinweisen und auch die Arbeit verweigern. Bei Teilstreiks soll immer die Streikzeit, wie die Arbeiter sagen, die „passive Resistenz" bezahlt werden. Regenstunden dürfen beileibe nicht nachgeholt werden, sondern müssen aus der Lohnsicherung mit zwei Drittel des Stundenlohnes vergütet werden. Die Betriebsleiter sind nicht mehr Herren der Werkstätten. Zum Teil herrschen anarchistische Zustände.

Bei der verlängerten Sperre wäre es möglich, Leute aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet im Austausch anzulegen und Milliarden zu ersparen. Dazu ist aber keine Neigung vorhanden. Lieber vertrödelt man die Tage. In den Wirtschaften ist reger Betrieb und an den Wegerändern liegen die jungen Burschen und spielen Karten. Die teuersten Zigaretten werden gekauft.

Dabei leiden unsere sozialen Einrichtungen in erschreckender Weise Not. Unsere großen Anstalten „Das Diakonissenhaus für die Grafschaft Mark und das Siegerland" und das „Marienhospital" wissen nicht von einem Tage zum anderen zu kommen. Sie haben Milliarden nötig. Die milden Gaben, die früher die Anstalten stärkten, spielen im Vergleich zu den Riesensummen, die gebraucht werden, keine Rolle mehr. Unsere Ortskrankenkasse ist auch in höchstem Grade notleidend und braucht städtische Hilfe. Tote weiß man nicht zu bestatten, weil ein Sarg ein Vermögen kostet.

Schlimm, unendlich schlimm ist es, daß der Trieb zur Arbeit aus den Menschen gekommen ist. An dieser Krankheit werden wir lange zehren. Augenblicklich ist es unmöglich, die Menschheit von der täglichen Torheit zu überzeugen. Das Rad rollt und es ist nicht aufzuhalten.

Der Same der Zwietracht.

Die nationale Einheitsfront des passiven Widerstandes ist erschüttert. Das Reich selbst mußte uns seine Unterstützung entziehen, um nicht selbst dem Chaos zum Opfer zu fallen. Der passive Widerstand ist amtlich aufgehoben, ohne daß doch vorerst an das Wichtigste, an den Wiederaufbau des Produktionsprozesses, an den Wiederaufbau der Arbeit und nicht zum wenigsten an den Wiederaufbau eines nationalen Gefühls gedacht würde.

Die Einheitsfront, der so das wichtigste Zentrum entzogen wurde, ist dadurch auch neuen Gefahren ausgesetzt; mit aller Macht versuchen die Besatzungsmächte mit feinem Verständnis für die eigentümliche sonderbündlerische Gemütsart des Deutschen aus diesem Versagen Berlins Nutzen zu ziehen, mit allen einzelnen Faktoren und Gruppen der bisherigen Front gesondert zu verhandeln. Das Beste, was rein praktisch der passive Widerstand auf dem Höhepunkt seiner Macht bot, war ja das einmütige Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die hier an der Grenze des besetzten Gebiets und unter dem Druck Frankreichs die Arbeitsgemeinschaft des werktätigen Volkes vorbildlich verkörpern. Den Zweifel, der infolge der neuen Beschlüsse die ganze Front erfaßte, suchten nun die Franzosen in außerordentlich geschickter Weise zu stärken und zu einem Zersetzungskern auszugestalten. Man sucht Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu trennen, indem man gegen ihren Willen den Herren Krupp von Bohlen und Halbach und drei Betriebsdirektoren der Kruppschen Werke selbst im Gefängnis eine bessere Behandlung angedeihen ließ als den übrigen politischen Gefangenen. Man sucht nach Kräften vor allem diese Sonderbehandlung in die Arbeiterzeitungen zu bringen, die ja selbstverständlich mit innerem Behagen solche Nachrichten aufnehmen. Innerhalb des Düsseldorfer Gefängnisses selbst wird augenblicklich die Wohnung des Gefängnisdirektors Schmitt zu Wohn- und Arbeitszwecken umgebaut, ohne jede Zustimmung der Beteiligten selbst, die gegen ihren Willen auf diese Weise zu Sturmböcken gegen die nationale Einheitsfront der Arbeitsgemeinschaft mißbraucht werden. Die Sozialdemokratie benutzt leider in ihren links gerichteten Elementen auch dieses Mittel, um den alten Haß gegen die Arbeitgeber und gegen den Kapitalismus in einer Zeit zu fördern, wo der wirkliche Bourgeois-Kapitalismus Frankreichs vor einer neuen Blütezeit steht.

Aehnlich will man den Samen der Zwietracht in die Kreise des gewerblichen Mittelstandes werfen, der sich in der Lebensmittelversorgung des besetzten Gebiets bedroht sieht. Und leider haben auch hier unbewußt Vertreter des unbesetzten Gebiets, wie es scheint, ihre Hand zu erfolgreicher Propaganda geboten. Nach einer Nachricht, die wohlgefällig vom französischen Propagandadienst verbreitet wird, „sind Kaufleute, die zur Lebensmittelversorgung der Düsseldorfer Gegend in Westfalen und Hannover umherreisten, auf den Märkten und auf den Bahnhöfen und in den Eisenbahnzügen durch die Bevölkerung mißhandelt und ihrer Waren beraubt worden, unter dem Vorwand, daß die Waren an die Franzosen verkauft würden." Wie weit diese Nachricht auf Tatsachen beruht, ist nicht festzustellen. Festgenagelt kann nur werden, daß auch hier in diesem Falle der Same der Zwietracht wirklich aufgeht, den vielleicht eine unvorsichtige Hand aus wirtschaftlichen Gründen den Franzosen bot. Die Waffe des passiven Widerstandes ist stumpf geworden. Was uns bleibt, muß umso stärker gewahrt und geschätzt werden. Der Gedanke der nationalen Einheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch der Gedanke werktätiger Unterstützung, der besetztes und unbesetztes Deutschland heute stärker noch verbinden muß denn je zuvor.

Alarmierende Falschmeldungen als Kampfmittel.

Die Franzosen benutzen zur Beeinflussung der Bevölkerung in den besetzten deutschen Gebieten, zur Erzeugung von Unsicherheit und zur Verhetzung gern die Presse. Bekanntlich haben sie sich ja hierzu eigene Organe gegründet, und die Smeetssche „Rheinische Republik" stellt sich ihnen ebenfalls gern zur Verfügung. Die Leiter der französischen Politik wissen sich aber auch die Presse durch indirekte Beeinflussung dienstbar zu machen, und nicht immer ist einer Falschmeldung anzusehen, daß sie aus dem französischen Auswärtigen Amte hervorgegangen und von dessen geschickten Agenten, die ja in aller Welt ihr Wesen treiben, als Kuckucksei in ein fremdes Nest gelegt ist.

In den letzten Tagen waren diese Agenten besonders rührig. Die Pariser Presse brachte eine Meldung, wonach eine hochgestellte deutsche Persönlichkeit einem französischen Pressevertreter in Berlin mitgeteilt habe, dieser Tage werde der passive Widerstand preisgegeben werden. — Als ob eine führende deutsche Persönlichkeit derartige Sensationsnachrichten ausgerechnet dem Berliner Vertreter eines Pariser Boulevardblattes anvertrauen würde. Fast gleichzeitig tauchte in einem englischen Blatte die Mitteilung auf, Hugo Stinnes hätte seinen Sohn zu vorbereitenden Verhandlungen mit französischen Industriellen delegiert. Diese Nachricht wurde sofort von französischer Seite widerrufen. Ein Interesse, sie in die Welt zu setzen, kann aber selbst der neuigkeitsfreudigste Journalist nicht haben, da ihm sein Verleger nicht übel die Leviten lesen würde, wenn sich die Ente als solche herausstellte. Sehr wahrscheinlich ist auch dieses Vöglein in Paris aufgeflattert.

Den gleichen Geburtsort möchten wir jener Nachricht der Expreßkorrespondenz zuschreiben, in der behauptet wurde, die Richtschnur für die deutschen Delegierten bei ihren Koblenzer Verhandlungen mit der Rheinlandkommission über die Lebensmittelverhältnisse im Rheinland sei Ermöglichung oder Verbesserung der Lebensmittelzufuhr ins besetzte Gebiet durch Benutzung der Regiebahnen für Lebensmitteltransporte. Hier wurde später als Quelle ein Persönlichkeit der deutschen Wirtschaft bezeichnet, deren Name aber nicht genannt wurde.

Auch diese letzte Lüge hatte nur ein kurzes Leben. Die deutsche Regierung hat offiziell erklärt, daß von einem Aufgeben des passiven Widerstandes keine Rede sein könnte. Fraglich sei nur, ob und inwieweit es möglich sein würde, denjenigen Betrieben im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet, deren Erzeugung für Frankreich und Belgien nicht in Betracht kommt, die Fortsetzung und Wiederaufnahme der Arbeit zu gestatten. Ein Teil dieser Betriebe hat offenbar unter dem Druck der allgemeinen Lage eine Schließung vorgenommen, ohne daß dazu die unbedingte Notwendigkeit bestanden hätte.

Also Vorsicht bei Alarmmeldungen. Die Reichsregierung hat Mittel und Wege, der Bevölkerung des besetzten und des Einbruchsgebietes mitzuteilen, was diese wissen muß. Ausländische Kanäle sind dazu nicht nötig.

Anzeigenpreise ab 19. Oktober:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl

(ab 19. Oktober 2000000)

zu vervielfältigen.

Einladung

zur Sitzung der Stadtverordneten am Freitag, den 26. Oktober 1923, nachmittags 5 Uhr, im Rathaussaale hierselbst.

Tages-Ordnung

1. Festsetzung des Haushaltsplanes des städtischen Schlachthofes für das Rechnungsjahr 1923.
2. Festsetzung des Gas- und Wasserpreises für Oktober 1923.
3. Aufnahme von Darlehen für das Gaswerk und die Stadt.
4. Aufnahme von Kredit für die allgemeine Verwaltung.
5. Festsetzung der Entschädigung für den Aushilfskassierer beim städtischen Gaswerk.
6. Erhöhung der Wohnungsbauabgabe und Erhebung eines besonderen Zuschlags für die Instandhaltung alter Wohnungen.
7. Bewilligung von Mitteln für die Instandsetzung eines reparaturbedürftigen Hauses.
8. Erhöhung der Unterstützung für eine frühere Schulwärterin.
9. Verschiedenes.

Schwerte, den 20. Oktober 1923.

3210 **Der Stadtverordneten-Vorsteher: Jöckel.**

Statt besonderer Anzeige!

Samstag mittag entschlief nach langem Leiden meine geliebte Gattin, unsere unvergeßliche Mutter, Schwester und Tante

Frau Luise Elias

geb. Steinweg

im Alter von 58 Jahren. 3213

Schwerte, Rheda, Essen, Hamm, den 22. 10. 1923.

Namens der Hinterbliebenen:

Sally Elias und Kinder.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 3½ Uhr vom Sterbehause, Hüsingstraße 1 aus, statt.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

Möbliertes Zimmer

von anständigem jungem Herrn gesucht.

Gefl. Offerten unter Nr. 3186 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Lichtspiele Zur Reichskrone

Heute letzter Tag

des gewaltigen Film-Singspiels

Jugendglück und Liebesleid!

3211 Dazu der große sechsaktige Abenteuerfilm

Frau Schlange!

mit **Paul Heidemann** in der Hauptrolle.

Lichtspiele zur Reichskrone.

Heute nachmittag 4 Uhr

Große 3212 **Kindervorstellung**

Zur Vorführung gelangt das Film-Singspiel

Jugendglück und Liebesleid

Preise: Balkon 100 Millionen, Sperrsitz 50 Millionen, 1. Platz 30 Millionen.

Zeitungsboten für Holzen u. Garenfeld gesucht.

Schwerter Zeitung.

Jeder braucht sie

die Umrechnungs-Tabelle von Goldmark in Papiermark bei verschiedenen Dollarkursen. Das Stück 5 Pfennig mal Schlüsselzahl des Börsenvereins.

Buchhandlung Carl Braus.

„Verlangen Sie stets Original ½-Pfd.-Pakete"



20 % Bohnen-Kaffee rote Packung	30 % Edel-Mischung grüne Packung	40 % Bohnen-Kaffee blaue Packung